



Berliner Energiewende-Appell

Sieben zentrale Forderungen der Solarbranche an die Umwelt-, Energie- und Wirtschaftspolitiker der 18. Legislaturperiode

Die kommende Bundesregierung entscheidet maßgeblich über den Erfolg der Energiewende. Die Mitglieder des Bundesverbandes Solarwirtschaft e.V. appellieren daher an die Politik, die Schlüsseltechnologien Photovoltaik und Solarthermie zu zentralen Bausteinen einer zukunftsfesten Energiepolitik zu machen. Die in den nächsten Jahren anstehende Modernisierung weiter Teile der Wärme- und Stromversorgung kann mit Hilfe der Solarenergie kostengünstig, zügig sowie mit breiter Unterstützung und aktiver Beteiligung der Bevölkerung und Wirtschaft umgesetzt werden. Durch die Solartechnologie macht sich Deutschland unabhängiger vom Import fossiler Energieträger und verbessert Klimabilanz und Wirtschaftskraft unseres Landes, nicht zuletzt durch den Zugang zu wachsenden Exportmärkten.

Der Bundesverband Solarwirtschaft e.V. appelliert daher im Namen seiner rund 1.000 Mitgliedsunternehmen an die Politik:

- 1) Deutschlands Vorreiterrolle und Technologieführerschaft im Bereich Erneuerbarer Energien zu sichern.
- 2) Die Energiewende im Stromsektor konsequent fortzusetzen, im Wärmesektor endlich einzuleiten sowie den vorrangigen Ausbau Erneuerbarer Energien kraftvoll und nachhaltig voranzutreiben und nicht auszubremsen.
- 3) Den gegenwärtig starken Rückwärtstrend in der Marktentwicklung von Solartechnik durch geeignete Investitionsimpulse und verlässliche Rahmenbedingungen zeitnah zu stoppen und in ein nachhaltiges Wachstum umzukehren.
- 4) Die Eigen- und Nahenergieversorgung von privaten und gewerblichen Verbrauchern auf Basis von Solarstrom und Solarwärme zu fördern und nicht durch ungerechtfertigte Steuern, Abgaben, Umlagen oder administrative Barrieren zu behindern.
- 5) Das Energiemarktdesign auf eine bedarfsgerechte und flexible Energieversorgung mit wachsenden EE-Anteilen umzustellen und dabei für einen fairen Wettbewerb zu sorgen.
- 6) Den Bürgerinnen und Bürgern den Nutzen der Energiewende besser zu erklären und die Kosten gerechter nach dem Verursacher- und Gemeinlastprinzip zu verteilen.
- 7) Den notwendigen schrittweisen Rückzug aus der Förderung und Nutzung fossiler Energieträger nicht unnötig zu verzögern.